

Datenschutzhinweise

von Steuerberatungskanzleien an Mandanten

(individualisierte Musterempfehlung der Bundessteuerberaterkammer und des Deutschen Steuerberaterverbandes)



1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Mit diesen Datenschutzhinweisen informiere ich Sie über die Datenverarbeitung personenbezogener Daten in meiner Steuerberatungskanzlei.

Aufgrund der Kanzleigröße ist kein Datenschutzbeauftragter zu bestellen, der Kanzleiinhaber ist gleichzeitig Verantwortlicher für den Datenschutz. Die Kontaktdaten zur Erreichbarkeit lauten:

Verantwortlicher Datenschutz von Steuerberater Norbert Reuter	Telefon: +49 3733 6759466 Telefax: +49 3733 6759469 E-Mail: nrt@nr-stb.tax
Dipl.-Kfm. Norbert Reuter	Web: nr-stb.tax Adresse: Schwarzenberger Straße 18 09487 Schlettau

2. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Personenbezogene Daten gemäß Artikel 4 Nr. 1 DSGVO sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

Es werden von mir im Rahmen des Steuerberatungsvertrages die folgenden personenbezogenen Daten verarbeitet:

- Vor- und Nachname, Anrede, Titel (ggfs. auch von Ehepartner, Lebensgefährten und Kindern)
- Postanschrift/en
- Telefonnummer/n und Telefaxnummer/n
- E-Mail-Adresse/n
- Geburtstag/e
- für die angemessene Mandatsausführung benötigte Informationen.

Im Rahmen der Auftragsdurchführung werden von mir weitere personenbezogene Daten verarbeitet, die zur Erfüllung Ihrer steuerlichen oder sozialrechtlichen Verpflichtungen benötigt werden. Hierzu gehören auch besondere Kategorien von personenbezogenen Daten gemäß Artikel 9 Absatz 1 DSGVO, aus denen die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, die Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheitsdaten oder die sexuelle Orientierung hervorgehen. Eine Verarbeitung von genetischen oder biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung oder zum Sexualleben einer natürlichen Person wird hierbei nicht vorgenommen.

3. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die personenbezogenen Daten werden von mir zu folgenden Zwecken verarbeitet:

- Ausführung und Abwicklung des Mandatsverhältnisses einschließlich der Korrespondenz,
- Erfüllung meiner vertraglichen und gesetzlichen Pflichten als Steuerberater und
- Bearbeitung im Rahmen von gegenseitigen Ansprüchen aus dem Steuerberatungsvertrag (zB. Rechnungsstellung, Leistungs-, Vergütungs- und Haftungsansprüche etc.)

4. Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung in meiner Steuerberatungskanzlei sind:

- Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO zur Erfüllung des Mandatsvertrages,
- Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c DSGVO zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten, denen ich als Steuerberater unterliege,
- Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO, soweit die Datenverarbeitung zur Wahrung von berechtigten Interessen von mir oder eines Dritten erforderlich ist; insbesondere liegt die kontinuierliche Geschäftsbeziehung zu meinen Mandanten in meinem berechtigten Interesse,
- Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a DSGVO, soweit Sie mir Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke gegeben haben.
- Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a DSGVO, soweit Sie mir Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Sie betreffenden besonderen Kategorien personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke gegeben haben.

5. Weitergabe von Daten

Personenbezogene Daten werden von mir an Dritte übermittelt, wenn

- nach Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a DSGVO durch die betroffene Person ausdrücklich dazu eingewilligt wurde,
- die Weitergabe nach Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass die betroffene Person ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichtweitergabe ihrer Daten hat,
- für die Datenübermittlung nach Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, und/oder
- dies nach Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO für die Erfüllung eines Vertragsverhältnisses mit der betroffenen Person erforderlich ist.

In anderen Fällen werden personenbezogene Daten von mir nicht an Dritte weitergegeben.

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt demgemäß nur in Ihrem Auftrag und mit Ihrem Einverständnis. Hierbei gilt, dass Ihre Erteilung eines Steuerberatungsauftrages an meine Kanzlei gleichzeitig Ihre ausdrückliche Zustimmung zur Datenweitergabe an alle zur Erfüllung dieses Auftrages notwendiger Drittempfänger beinhaltet.

Ich gebe somit personenbezogene Daten im Rahmen des Mandatsverhältnisses an folgende Empfänger weiter:

- Finanzbehörden und Gerichte
- Sozialversicherungsträger und Berufsgenossenschaften
- Bundesanzeiger Verlag GmbH
- Kreditinstitute und Versicherungen
- je nach Auftrag an weitere Empfänger, die ich mit Ihnen abstimme

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung des Mandatsvertrages (zB. Zahlungsaufträge) erforderlich oder Sie mir Ihre Einwilligung erteilt haben oder dies anderweitig gesetzlich zulässig ist. In diesem Fall ergreife ich Maßnahmen,

um den Schutz Ihrer Daten sicherzustellen, beispielsweise durch vertragliche Regelungen. Ich übermittle ausschließlich an Empfänger, die den Schutz Ihrer Daten nach den Vorschriften der DSGVO für die Übermittlung an Drittländer (Artikel 44 bis 49 DSGVO) sicherstellen.

6. Wahrung von Berufsgeheimnissen

Unabhängig von den datenschutzrechtlichen Regelungen sind Ihre personenbezogenen Daten auch durch die allgemeinen Berufspflichten des Steuerberaters geschützt. Der Steuerberater ist gemäß § 57 Absatz 1 StBerG zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die unbefugte Offenbarung von personenbezogenen Daten durch den Steuerberater ist gemäß § 203 Absatz 1 Nr. 3 StGB strafbar.

Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit gilt auch für die bei dem Steuerberater beschäftigten Personen, worauf der Steuerberater gemäß § 62 StBerG hinzuwirken hat. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung habe ich bei allen Mitarbeitern eine Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag geschlossen, wo auf diese Verpflichtungen und die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung gemäß §§ 42, 43 BDSG und §§ 203 Absatz 4, 204 StGB belehrt wird. Die Verpflichtung besteht bei Ausscheiden des Mitarbeiters aus der Kanzlei unbegrenzt fort. Daneben wurde der Mitarbeiter in diesem Zusatz darüber belehrt, dass es allen bei der Datenverarbeitung beschäftigten Personen verboten ist, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen und dass er gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO zur Wahrung der Vertraulichkeit der personenbezogenen Daten verpflichtet ist. Ein Muster einer solchen Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag mit einem Mitarbeiter ist diesen Datenschutzhinweisen als Anlage beigefügt.

Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit gilt auch für die von dem Steuerberater beauftragten Personen, deren Dienstleistungen genutzt werden (zB. Rechenzentren, IT-Dienstleister, Druckdienstleister, Entsorgungsfirmen etc.), worauf der Steuerberater gemäß § 62a StBerG hinzuwirken hat. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung habe ich mit allen betreffenden Dienstleistern eine Zusatzvereinbarung zum Auftragsverarbeitungsvertrag geschlossen, wo auf diese Verpflichtungen und die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung gemäß §§ 203 Absatz 4, 204 StGB belehrt wird. Die Verpflichtung besteht bei Beendigung des Auftragsverhältnisses mit der Kanzlei unbegrenzt fort. Die Pflicht zur Verschwiegenheit besteht aber nicht, soweit der Auftragsverarbeiter aufgrund einer behördlichen oder gerichtlichen Entscheidung zur Offenlegung von vertraulichen Informationen des Auftraggebers verpflichtet ist. Für den Fall, dass der Dienstleister Dritte zur Erfüllung der Dienstleistung einsetzt, wurde er darüber belehrt, dass er diese Dritte nach den vorgenannten Maßstäben ebenso zur Wahrung der Berufsgeheimnisse zu belehren hat. Ein Muster einer solchen Zusatzvereinbarung zum Auftragsverarbeitungsvertrag mit einem Dienstleister ist diesen Datenschutzhinweisen als Anlage beigefügt.

7. Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Die personenbezogenen Daten werden bei mir für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gespeichert. In der Regel sind dies 10 Jahre zuzüglich einer Karenzzeit von weiteren 4 Jahren, um Fälle einer möglichen Ablaufhemmung zu erfassen. Nach Ablauf von 14 Jahren prüfe ich, ob Gründe für eine weitere Aufbewahrung vorliegen.

Ergänzend hierzu weise ich darauf hin, dass bei Dauersachverhalten und Dauerverträgen die vorbenannte Aufbewahrungsfrist erst beginnt, wenn der Dauersachverhalt beendet ist bzw. der Dauervertrag keine Gültigkeit mehr besitzt oder in sonstiger Weise für die Besteuerung nicht mehr notwendig ist.

8. Ihre Rechte als betroffene Person

Soweit Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Steuerberatungsvertrages verarbeitet werden, stehen Ihnen als „betroffene Person“ im Sinne der DSGVO folgende Rechte zu:

8.1. Recht auf **Auskunft** nach Artikel 15 DSGVO

Sie können von mir Auskunft darüber verlangen, ob personenbezogene Daten von Ihnen bei mir verarbeitet werden.

Kein Auskunftsrecht besteht, wenn die Erteilung der begehrten Informationen gegen die Verschwiegenheitspflicht gemäß § 57 Absatz 1 StBerG verstoßen würde oder die Informationen aus sonstigen Gründen, insbesondere wegen eines überwiegenden berechtigten Interesses eines Dritten, geheim gehalten werden müssen. Hiervon abweichend kann eine Pflicht zur Erteilung der Auskunft bestehen, wenn insbesondere unter Berücksichtigung drohender Schäden Ihre Interessen gegenüber dem Geheimhaltungsinteresse überwiegen.

Das Auskunftsrecht ist ferner ausgeschlossen, wenn die Daten nur deshalb gespeichert sind, weil sie aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Aufbewahrungsfristen nicht gelöscht werden dürfen oder ausschließlich Zwecken der Datensicherung oder der Datenschutzkontrolle dienen, sofern die Auskunftserteilung einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern würde und die Verarbeitung zu anderen Zwecken durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen ausgeschlossen ist.

Sofern in Ihrem Fall das Auskunftsrecht nicht ausgeschlossen ist und Ihre personenbezogenen Daten von mir verarbeitet werden, können Sie von mir Auskunft über folgende Informationen verlangen:

- Zwecke der Verarbeitung,
- Kategorien der von Ihnen verarbeiteten personenbezogenen Daten,
- Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre personenbezogenen Daten offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern,
- falls möglich die geplante Dauer, für die Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer,
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung,
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz,
- sofern die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen als betroffene Person erhoben worden sind, die verfügbaren Informationen über die Datenherkunft,
- ggfs. das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und angestrebten Auswirkungen automatisierter Entscheidungsfindungen,
- ggfs. im Fall der Übermittlung an Empfänger in Drittländern, sofern kein Beschluss der EU-Kommission über die Angemessenheit des Schutzniveaus nach Artikel 45 Absatz 3 DSGVO vorliegt, Informationen darüber, welche geeigneten Garantien gemäß Artikel 46 Absatz 2 DSGVO zum Schutze der personenbezogenen Daten vorgesehen sind.

8.2. Recht auf **Berichtigung** und **Vervollständigung** nach Artikel 16 DSGVO

Sofern Sie feststellen, dass mir unrichtige personenbezogene Daten von Ihnen vorliegen, können Sie von mir die unverzügliche Berichtigung dieser unrichtigen Daten verlangen. Bei unvollständigen Sie betreffenden personenbezogenen Daten können sie die Vervollständigung verlangen.

8.3. Recht auf **Löschung** nach Artikel 17 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“), sofern die Verarbeitung nicht zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, des Rechts auf Information oder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt, erforderlich ist und einer der nachstehenden Gründe zutrifft:

- Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- Die Rechtfertigungsgrundlage für die Verarbeitung war ausschließlich Ihre Einwilligung, welche Sie widerrufen haben.
- Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten eingelegt, die ich öffentlich gemacht habe.
- Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung von mir nicht öffentlich gemachter personenbezogener Daten eingelegt und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor.
- Ihre personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung, der ich unterliege, erforderlich.

Kein Anspruch auf Löschung besteht, wenn die Löschung im Falle rechtmäßiger nicht automatisierter Datenverarbeitung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich und Ihr Interesse an der Löschung gering ist. In diesem Fall tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung.

8.4. Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** nach Artikel 18 DSGVO

Sie können von mir die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, wenn einer der nachstehenden Gründe zutrifft:

- Sie bestreiten die Richtigkeit der personenbezogenen Daten. Die Einschränkung kann in diesem Fall für die Dauer verlangt werden, die es mir ermöglicht, die Richtigkeit der Daten zu überprüfen.
- Die Verarbeitung ist unrechtmäßig und Sie verlangen statt Löschung die Einschränkung der Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten.
- Ihre personenbezogenen Daten werden von mir nicht länger für die Zwecke der Verarbeitung benötigt, die Sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen.
- Sie haben Widerspruch gemäß Artikel 21 Absatz 1 DSGVO eingelegt. Die Einschränkung der Verarbeitung kann solange verlangt werden, wie noch nicht feststeht, ob meine berechtigten Gründe gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Einschränkung der Verarbeitung bedeutet, dass die personenbezogenen Daten nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden. Bevor ich die Einschränkung aufhebe, habe ich die Pflicht, Sie darüber zu unterrichten.

8.5. Recht auf **Datenübertragbarkeit** nach Artikel 20 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Datenübertragbarkeit, sofern die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a oder Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a DSGVO oder auf einem Vertrag beruht, dessen Vertragspartei Sie sind und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet in diesem Fall folgende Rechte, sofern hierdurch nicht die Rechte und Freiheiten anderer Personen beeinträchtigt werden: Sie können von mir verlangen, die personenbezogenen Daten, die Sie mir bereit gestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Sie haben das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung meinerseits zu übermitteln. Soweit technisch machbar, können Sie von mir verlangen, dass ich Ihre personenbezogenen Daten direkt an einen anderen Verantwortlichen übermittle.

8.6. Recht auf Widerspruch nach Artikel 21 DSGVO

Sofern die Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe e DSGVO (Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt) oder auf Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO (berechtigtes Interesse des Verantwortlichen oder eines Dritten) beruht, haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Das gilt auch für ein auf Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe e oder Buchstabe f DSGVO gestütztes Profiling. Nach Ausübung des Widerspruchsrechts verarbeite ich Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, ich kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Sie können jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu Zwecken der Direktwerbung einlegen. Das gilt auch für ein Profiling, das mit einer solchen Direktwerbung in Verbindung steht. Nach Ausübung dieses Widerspruchsrechts werde ich die betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für Zwecke der Direktwerbung verwenden. Ergänzend hierzu weise ich darauf hin, dass die Zusendung des i.d.R. monatlich erscheinenden Steuer-Newsletters per Post oder per E-Mail keine Form der Direktwerbung darstellt, da ich diesen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO aus berechtigtem Interesse zur Erfüllung meiner Informationspflichten erstelle und versende.

Sie haben die Möglichkeit, den Widerspruch telefonisch, per Telefax, per E-Mail oder an meine zu Beginn dieser Datenschutzerklärung aufgeführte Postadresse meiner Kanzlei formlos mitzuteilen.

8.7. Recht auf Widerruf einer Einwilligung nach Artikel 7 Absatz 3 DSGVO

Sie haben das Recht, eine erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Der Widerruf der Einwilligung kann telefonisch, per Telefax, per E-Mail oder an meine Postadresse formlos mitgeteilt werden. Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung, die aufgrund der Einwilligung bis zum Eingang des Widerrufs erfolgt ist, nicht berührt. Nach Eingang des Widerrufs wird die Datenverarbeitung, die ausschließlich auf Ihrer Einwilligung beruhte, eingestellt.

8.8. Recht zur Beschwerde nach Artikel 77 DSGVO

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten rechtswidrig ist, können Sie Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (i.d.R. Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit) einlegen. Die Beschwerde kann insbesondere bei der Aufsichtsbehörde eingelegt werden, die am Ort Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes oder Arbeitsplatzes oder für den Ort des mutmaßlichen Verstoßes zuständig ist.

Am Sitz meiner Kanzlei ist folgende Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zuständig:
Sächsischer Datenschutzbeauftragter, Postfach 120016, 01001 Dresden

9. Stand und Aktualisierung dieser Datenschutzerklärung

Diese Datenschutzerklärung hat den Stand vom 25. Mai 2018. Ich behalte mir vor, die Datenschutzerklärung zu gegebener Zeit zu aktualisieren, um den Datenschutz zu verbessern und/oder an geänderte Behördenpraxis oder Rechtsprechung anzupassen.

Gesetzeslegende	BDSG Bundesdatenschutzgesetz	DSGVO Datenschutzgrundverordnung
	StBerG Steuerberatungsgesetz	StGB Strafgesetzbuch